

Der NRW-Landesvorstand der Europa Union schlägt vor, die Diskussion über den Draghi-Report zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU zu einem der Schwerpunkte der weiteren Arbeit zu machen.

Zur Begründung:

Der Bericht des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank und ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi vom September 2024 liefert umfassende Analysen von Herausforderungen und Chancen und strategische Ansätze zur Förderung von Wachstum und Stabilität in Europa. Er besteht aus zwei Teilen: dem ersten, grundlegenden Teil zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU folgt ein zweiter, ausführlicherer, mit vertiefenden Analysen und zahlreichen, teilweise sehr konkrete Maßnahmenvorschläge auf der Umsetzungsebene.

- Dem Bericht zufolge verfügt die EU **gute Grundlagen** für eine höchst wettbewerbsfähige Volkswirtschaft mit einem Binnenmarkt von 440 Millionen Konsumenten/innen, einem Anteil von 17 % am weltweiten BIP, gut entwickelten Bildungs- und Gesundheitssystemen und hohen Sicherheitsstandards, bei deutlich geringerer Ungleichheit als in den USA und in China. Allerdings sei das bisherige Wachstum infolge einer **schwachen Produktivitätsentwicklung** rückläufig. Verursacht sei diese durch ungünstige Entwicklungen im bisherigen Außenhandel und steigende Energiekosten durch den Ukrainekrieg, der zudem eine Steigerung von Verteidigungsausgaben nach sich ziehe.

- Für eine europäische Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und für nachhaltiges Wachstum identifiziert der Bericht in einem sektor- und themenübergreifenden Ansatz **drei zentrale Handlungsfelder**: -- Um Innovationslücken zu schließen sei eine gemeinsame europäische Forschungs- und Innovationsstrategie zu entwickeln, das Finanzierungsumfeld für innovative Unternehmen zu verbessern und (Weiter-)Bildung strategisch-zukunftsorientiert auszurichten, besonders bei knappen Fähigkeiten. -- Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit müssten gemeinsam, in einem integrierten Plan und über eine differenzierende Industriepolitik angestrebt werden, durch eine Spitzenposition bei Zukunftstechnologien und eine gemeinsam durchzusetzende Absenkung von Energiekosten. -- Abhängigkeiten in Schlüsselbereichen wie kritische Rohstoffe und Wafer sollten durch industrielle Partnerschaften sowie durch den Aufbau von Lagerhaltung reduziert und Handelsabkommen mit Vorzugsbehandlungen abgeschlossen werden.

Insgesamt sollten finanzielle Ressourcen in der EU effizienter und besser koordiniert eingesetzt und durch die Integration von Kapitalmärkten mehr **privates Kapital** für erforderliche Investitionen mobilisiert werden. Das nach Schätzungen der EU-Kommission erforderliche **zusätzliche Investitionsvolumen von 750 - 800 Mrd. €** könne jedoch nicht allein durch privates Kapital

realisiert werden, sondern bedürfe einer Unterstützung durch die **öffentliche Hand** „in Form verbesserter Anreize und direkter staatlicher Investitionen“. Doch könnten Produktivitätsgewinne die finanziellen Kosten verringern. Zudem seien der Binnenmarkt durch weitere Harmonisierung von Standards auch im Blick auf junge, innovative Unternehmen zu vertiefen und zugleich Bürokratielasten insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu reduzieren. Governance-Strukturen in der EU seien zu verbessern und Entscheidungsprozesse zu beschleunigen.